

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17.
Telefon: 6002. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Freie) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwacht“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Telefon: 5407. Postfachkonto Berlin Nr. 11092

Nr. 192
Abzugspreis: Durch Kurierpost zugesandt monatlich 6,00 Mk., einschließlich Porto. Für Adressen 5,50 Mk.
Durch Verlag in Nr. 192: monatlich 6,00 Mk.
einj. Beilage.

Halle, Donnerstag, den 18. August 1921

Abzugspreis: im Ausgabeamt, sonstigen Kollekt das Maximum 60 Pfg., bezüglichen Postämtern in Dreipfennigpausen 2,50 Pfg. Einmalige Bestellungen für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.
5. Jahrgang.

Konfliktstimmung in Halle.

In Mitteldeutschland und namentlich in Halle hat sich in der letzten Zeit eine Konfliktstimmung herausgebildet, wie sie nur vor schweren sozialen Kämpfen zu finden ist. Sie ist nicht entstanden aus freier Wahl der Lohn- und Gehaltsempfänger des arbeitenden Volkes, sie ist diesmal auch nicht entstanden aus der planmäßig darauf hinzielenden Taktik der Kommunisten, die bisher unter ihrem wahrhaftigen Marschpaß umherzogen zu haben, sondern sie ist herbeigeführt worden aus der

verfehlten und gewissenlosen Wirtschaftspolitik des verstorbenen Ministeriums Fehrenbach-Simons, das wiederum nur in den Sattel kommen konnte durch die unsmünne Negationspolitik der USF, nach den Reichstagswahlen im Jahre 1920. Auch im neuen Kabinett arbeiten ja die Unabhängigen nicht mit, und so ist es kein Wunder, daß die SPD nicht alle Sünden des vorherigen Kabinetts wieder gutmachen konnte. Die schlimmste Erbschaft ist die Ernährungslosigkeit, die sich jetzt in der Verteuerung der ganzen Lebenshaltung ausbreitet.

Diese ist die Triebkraft, die die heutige Konfliktstimmung in Mitteldeutschland geschaffen hat. Die Kommunisten fügen sich natürlich mit Feuereifer in das Treiben, um aus dieser Not des arbeitenden Volkes wieder politische Erfolge herauszuholen. Sie versuchen, die Konfliktstimmung zu steigern, um ihre grundtätig angestrebten gewalttätigen Zusammenstöße zwischen Proletariat und Kapital zu provozieren. Mit noch größerer Geringschätzung verheßen es aber diesmal

die Arbeitgeber in diesem Sinne zu wirken.

Wenn man ihr jegliches Gebot betrachtet, das klar erkennen läßt, wie sie auf eine solche gewalttätige Auseinandersetzung zuzuwenden, der muß unwillkürlich zu der Annahme kommen, daß sie bisher aus den von den Kommunisten provozierten Kämpfen die meisten Vorteile gezogen haben und diese Taktik aus eigenem Entschluß fortsetzen.

Heute nachmittag werden die hallischen Metallarbeiter zu beschließen haben, welche Wege sie einschlagen wollen, um ihre nur allzu berechtigten Forderungen auf Lohn- und Gehaltserhöhung durchzusetzen. Es klingt wie Hoffen, wenn sie auf ihr Drängen auf Erfüllung der seit Jahren auf eingeleiteten Forderungen folgende Antwort der Metallindustriellen erhalten. Sie wird ihnen auf ihr Ultimatum vom Montag durch Vermittlung der bürgerlichen Presse gegeben. Das Schreiben der Arbeitgeber an den Metallarbeiterverband lautet danach wie folgt:

„Die uns mit Ihrem Schreiben vom 15. d. Mts. mitgeteilte Entschädigung der Metallarbeiter ist uns einfach unverständlich. Sie hätte nur Sinn und Zweck, wenn der Vergleichsvorschlag des Schlichtungsausschusses vom 12. August eine endgültige Regelung darstellte. Von Herrn Professor Joerges ist aber wiederholt betont worden, daß es sich dabei um eine vorläufige Regelung handelt, die nur bis zu einer neuen und dann endgültigen Entscheidung des Schlichtungsausschusses gelten sollte. Es scheint hiernach, als ob nicht alle Arbeitnehmer genügend darüber unterrichtet sind, daß sie bei der Annahme des vorläufigen Vergleichsvorschlages eine bare Lohnzulage bereits in der Tasche haben, ohne damit auf die Geltendmachung ihrer ursprünglichen Forderungen zu verzichten. Auch würde die auf den 6. September d. J. vertagte endgültige Regelung natürlich rückwirkende Kraft ab 1. August d. J. haben. Wir erklären heute dem Schlichtungsausschuss unersetzlich die Annahme des vorläufigen Vergleichsvorschlages laut beigefügter Durchschrift und sind, wie darin ausgedrückt, zur Fortsetzung der Verhandlungen bereit, die auch außerhalb des Schlichtungsausschusses geführt werden können. Wir bleiben damit durchaus auf dem vom Schlichtungsausschuss den Parteien gewiesenen Wege. Sollte die ultimative Entschädigung der Metallarbeiter mehr als eine Drohung sein und die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen zum Abbruch bringen, dann tragen die Verantwortung für alle Folgen nur Sie.“

Wir wollen der Entschädigung der Gewerkschaften nicht zögern, aber diese Antwort fordert die Metallarbeiter geradezu zum Streik heraus.

In unserem Bericht über die am Montag stattgefundene Metallarbeiterversammlung ist schon gesagt worden, daß der vorläufige Schlichtungsausschuss der Arbeiter auch nicht die geringste Besserstellung bringt, trotzdem die Metallarbeiter gerade in Halle durch die kommunistische Spaltungspolitik in den Gewerkschaften und durch die Über-

tragung politischer Parteikämpfe in den letzten 3/4 Jahren schon stets daran gehindert wurden, sich der Not der Zeit entsprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Aufgabe der jetzigen Gewerkschaftsführer wird es sein, dieses Ziel unter allen Umständen zu erreichen. Da aber die richtige Beurteilung der Situation nur bei ihnen und den Mitgliedern der Gewerkschaft liegt, so ist es die Pflicht der Arbeiterpresse, sie in allen ihren Mitteln, die sie zur Erreichung dieses Zieles anwenden müssen, weitgehend zu unterstützen, nicht aber ihnen Knippen zwischen die Beine zu werfen. Das soll von uns im kommenden Kampfe auch geschehen.

Doch es sind nicht die Arbeitgeber in der Metallindustrie allein, die auf einen großen Konflikt zuzuwenden. Zu gleicher Zeit meiden sich die seit

Jahrzehnten „rühmlich“ bekannten 1' ternehmer des Baugewerbes.

Vor uns liegt folgendes Schriftstück: Dieses Rundschreiben wird in so viel Exemplaren verfaßt, wie die Verhältnisse es erfordern haben. Die Herren Vorstehenden wollen die Verteilung an die Mitglieder sofort vornehmen.

Bezirks-Arbeitgeber-Verein für das Baugewerbe und verwandte Berufe für die Provinz Sachsen und Anhalt (S. A.)
Sitz Halle a. S.

Rundschreiben Nr. 98/1921.
Halle a. S., den 10. August 1921.

An unsre Ortsverbände und an unsre Mitglieder! Wir überleben Ihnen mit diesem Rundschreiben (das Sie jedem Ihrer einzelnen Mitglieder ausshändigen wollen) den folgenden Schiedsspruch des Bezirkslohnamts für das Baugewerbe, das am 8. 8. 1921 in Halle unter dem Vorsitzenden geschäftsführenden Unparteiigen, Herrn Magistratsrat Dr. Schalhorn (Berlin), getagt hat.

Der Schiedsspruch ist folgender: Die zuletzt geltenden tariflichen Löhne für Holz-, Beton- und Ziebau werden mit Wirkung vom ersten Tage der nächsten Lohnwoche um 70 Pfennig erhöht. Grund: Seit der letzten Lohnhöhung ist nach den eigenen Erklärungen des Bezirkslohnamts eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel in Preise beträchtlich gestiegen. Unter Berücksichtigung der gegenwärtig eintretenden Wertpreiserhöhung und ihrer zu erwartenden Auswirkungen muß deshalb festgestellt werden, daß eine wesentliche Minderung in den Kosten des Lebensunterhalts eingetreten ist. Eine Erhöhung der Löhne war deshalb geboten; mit dem Satz von 70 Pfennig glaubt das Bezirkslohnamt den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Einen Anschlag zwischen den Löhnen der einzelnen Lohnbestände zu treffen, ist nicht Aufgabe des Bezirkslohnamts. Es erachtet jedoch einen solchen für empfehlenswert und legt den Parteien nahe, unverzüglich in Verhandlungen darüber einzutreten, zumal die Arbeitgeberlich bereits grundsätzlich damit einverstanden erklärt haben.

Einen besonderen Spruch für das Ziebaugewerbe abzugeben, wie es von Arbeitgeberseite beantragt war, war nach den Beratungen der Spitzenverbände nicht möglich, ebensowenig die Zulage, schon vor 2 Monaten zusammenzutreten, wie von Arbeitnehmerseite beantragt war.

Sieht zur Erklärung über die Annahme eine Woche bis 16. 8. 1921.

Wir bitten Sie, diesen Schiedsspruch sich im vorläufigen noch nichts zu zahlen. Es wird hiermit jeder Verband aufgefordert, zu dem Schiedsspruch Stellung zu nehmen und seine Stellungnahme in der Versammlung am Sonnabend den 13. August 1921, nachmittags 4 Uhr, in Halle, im Restaurant „St. Nikolaus“ (Friedrichstraße 9/11, in welcher ermitteilt wird, durch seine Vertreter vorbringen zu lassen. Die Versammlung am 13. d. M. wird über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches entscheiden. Vorher gehen Verhandlungen mit der Industrie, welche unter Wahlmann gehen die Kampfmittel der Arbeitnehmer des Baugewerbes zu unterstützen hat. Es wird hiermit

jedem Verband und jeder Einzelperson unterlagt, höhere Löhne als die jetzigen Tariflöhne zu bezahlen oder den Arbeitnehmern Verschonungen zu machen, es nicht die Bezirksvermittlung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches entscheiden hat. Im Falle der Ablehnung des Schiedsspruches treten nähere Bestimmungen ein.

Wir bitten eine Anzahl von Exemplaren dieses Rundschreibens, Nr. 98/21, die die Herren Vorstehenden an die Industrie verteilen wollen. Gleichzeitige sind sofort die Industriellen und die Vertreter der Industrieverbände des Bezirkes zusammenzufinden, um den Schiedsspruch zu besprechen. Dabei sind den Herrn folgende Punkte zur Erklärung vorzulegen:

1. Sollen in Falle von Teilreisen oder Abwanderung der Bauarbeiter nach voriger Beratung und Beschluß bestimmte größerer, ammongeteilter Ortsbereich auf Bau und „Industrie“ ausgesetzt werden, um die Kampfmaßnahmen der Arbeitnehmer wirkungsvoll zu machen?
2. Bauarbeiter, welche die Beschäftigung der Verbände nicht achten, die unorganisierten Bauunternehmer und solche, welche

aus der Organisation austreten, sind von der Auftragserteilung von Bauausführungen auszuschließen. Eine einzuhebende verbindliche Kommission wird über Eingefälle entscheiden, evtl. durch endgültige Schiedssprüche.

Die Bauten der „Industrie“ sollen in Zukunft nur an im Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe organisierte Arbeitgeber übertragen werden.

4. Die von der „Industrie“ benötigten Bauarbeiter sollen in der Zahl eingestellt werden, wie eingestellt bleiben, welche für die laufenden Reparaturen und Aufstandsarbeiten erforderlich sind. An Spezialstellen entscheidet die unter genannte Kommission.

Über das Ergebnis der Aussprache mit der Industrie wollen Ihre Ortsverbandsvertreter dann am Sonnabend den 13. August in Halle berichten.

Wir weisen also nochmals auf die dringliche Wahrnehmung dieser Vermittlung hin.

Bezirks-Arbeitgeber-Verein für das Baugewerbe und verwandte Berufe für die Provinz Sachsen und Anhalt (S. A.)
Sitz Halle a. S.

Sermann Pfeiffer, Vorsitzender.

Unter der „Industrie“ sind die Unternehmerverbände folgender Industriezweige (zum Einzelunternehmenden zu verstehen): Chemische Industrie, Braunkohlenbergbau, Land- und Forstwirtschaft, Metallindustrie, Maschinenbau, Rüsterei, Zuckerraffinerie, Holz.

Nun vergleiche man die Stellung der Arbeitgeber in der Metallindustrie und im Baugewerbe. Dort keine Zulage und freundliche Zustimmung der Arbeitgeber, hier 70 Pfg. Zulage und Vorbereitungen zu einem großen Kampf, denn etwas anderes bedeutet die Ankündigung von vorher stattfindenden Verhandlungen mit der Industrie nicht. Alles deutet darauf hin, daß man einen großen Kampf provozieren will, weil man glaubt, unter den jetzigen Umständen wieder einen Schritt vorwärts in der Niederrichtung der drei organisierten Arbeiterkräfte machen zu können. Die Unternehmer mögen sich nicht kühnen, auch die kommunistisch gesinnten Arbeiter werden an solchen Beispielen erleben, wie notwendig es ist, die freien Gewerkschaften in voller Macht aufrechtzuerhalten; auch sie werden erkennen lernen, daß die Taktik der Gewerkschaften von den Verhältnissen, aber nicht von Moskau vorgeschrieben werden muß.

Aber noch etwas anderes ist es, worauf wir aufmerksam machen müssen. Durch Kabinetsbeschlüsse in der Ernährungsfrage, durch die Steuerungsmaßnahmen der gewerkschaftlichen Parteien im Parlament ist diese Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten. Damit hat die Entwertung zu dieser Situation ihren Ausgangspunkt genommen. Es ist eine nobelgedachte Selbstverständlichkeit, daß durch die parlamentarische Tätigkeit der sozialistischen Abgeordneten der Ausgleich der Verteuerung durch Erhöhung der Löhne und Gehälter erleichtert wird. Man darf es nun nicht den Gewerkschaften allein überlassen, den hartnäckigen Widerstand der Unternehmer gegen einen solchen Ausgleich zu brechen. Im Parlament und im Kabinett müssen unsere Vertreter darauf hinarbeiten, die Gewerkschaften bei dieser Aufgabe kräftig zu unterstützen. Es sind sofort gesetzliche Maßnahmen vorzubereiten, auf Grund deren bei steigenden Preisen die Löhne und Gehälter sich erhöhen erbitternde Kämpfe dem ansähen.

Gelbt die nationalen Arbeiter begehren auf.

In der heutigen Morgen-Ausgabe der „Allgemeinen Zeitung für Mitteldeutschland“ wehrt sich sogar ein nationaler Arbeiter gegen die Stellung der Arbeitgeberverbände, die jede Lohnherhöhung ablehnen, da „sich die Lohnpolitik nicht nach den Kosten der Lebenshaltung“ richten darf. Der nationaldenkende H. G. in der „A. Z.“ erklärt:

„Wir erheben daher mit allen Nachdruck die Forderung: Gebt dem Arbeiter, was des Arbeiters ist! Der Mensch lebt zwar nicht vom Brot allein, aber noch viel weniger von schönen Idealen. Deshalb fordern auch wir: Gebt dem Arbeiter, was er zu leben wie bisher! — Nachdrückliche Forderungen werden er wohl kaum mit Hilfe ihrer Organisation erheben können und selbst die bedehelnde Forderung so weiter zu leben wie bisher, wird ohne Kampf nicht durchzuführen sein. Auch mit meinem anderen Appell wird es auf dem Solwege sein. Er schließt nämlich meinen Artikel mit folgenden Worten: „Doch der bittere Ernst der Stunde läßt uns nicht schweigen. Die ernste Lage unseres Vaterlandes erfordert, daß auch die Not gemeinsam getragen werde vom ganzen Volke. Dies ist der einzige Weg zu Deutschlands Erneuerung. Darum endlich einmal! Schluß mit Luxus und Wohlleben — Müßiggang und Mitteldein, das ist das Erfordernis in dieser Lage. Laßt einmal zur Tat werden, was immer von Volksgemeinschaftsgefühl geredet wird.“

Die Aufhebung der Sanktionen.

Aus Wien wird der Nachrichten-Zentrale geschrieben: Das Ergebnis der Pariser Beratungen inbezug auf die Sanktionen im Rheinland bedeutet für das beleagerte Gebiet selbst keine allzu großen Ueberalderungen. Man wußte, daß die Engländer wirklich ernsthaft die Aufhebung betreiben und man war innerlich zuversichtlich darin, daß die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben würden. Aber eben so war man überzeugt, daß die Sorge um den Ruhm, den äußeren Glanz, die neben der größten Angst für die französische Politik maßgebend ist, eine Aufhebung der militärischen Sanktionen nicht auslösen werde. Freilich haben wir trotzdem infolgedessen noch eine erhebliche Enttäuschung erlebt, als man die wirtschaftlichen Sanktionen (übrigens ein hübscher Ausdruck für Rechtsbruch und Erpressung) nicht sofort, sondern erst am 15. September außer Kraft setzen will und außerdem an die Aufhebung rechtliche Bedingungen knüpft.

Um sich die Bedeutung der wirtschaftlichen Bedingungen klar zu machen, muß man ein paar Zahlen wissen. Als die Sanktionen in Kraft traten, verlangten die Deutschen, daß die deutschen Beamten bei der Durchföhrung des Zoll- und des Ein- und Ausfuhrzolls nicht mitwirkten. Die Folge war gewesen, daß die Güter in die Wägrungen mit einem ungeheuren Verlust durchgeföhrt und die Wirtschaft noch schwerer geföhrt hätten. Unter dem Druck der Verhältnisse hat man in Rheinland, selbst in politisch ganz recht stehenden Kreisen Einiges gelernt und will von der deutschen Politik Nichts wissen.

Es wurde also doch in Ems ein „Ein- und Ausfuhramt“ eingerichtet, das natürlich nichts mehr als eine Vorrichtung ist, während alle Entscheidungen in Coblenz bei der Rheinlandkommission fallen. Inmehrin hat das Amt unter geöffneter Leitung mancher Unheil verurteilen können. Um welche Umstände es sich handelt, dürfte schon ein paar Jahren genannt werden. In den ersten sechs Wochen haben die Militären an Zöllen Mt. 170 Millionen herausgegeben, und man möchte nur wünschen, daß die Reichsregierung einmal die Möglichkeit aufbrächte, die Grenzen irgendwo so entriegelt zu bewachen. Das Ein- und Ausfuhramt in Ems aber hat an Gebühren in den ersten drei Monaten seines Bestehens nahezu 20 Millionen Mark eingenommen, was, da die Gebühr nur pro Mille für die Einfuhr, 5 pro Mille für die Ausfuhr beträgt, ein Umsatz von mindestens 13 Mt. ist. In diesen drei Monaten entspricht die Regelung in die Hände der Rheinlandkommission, hat den militärischen Sanktionen Tür und Tor geöffnet. Denn, da die Regelung natürlich nicht nach deutschen Gesichtspunkten erfolgte, wurden auf Antrag jener affizierten Schieber, unter besonderer Beihilfe der französischen Offiziere und Delegierten, alle Luxuswaren in das Rheinland hineingelassen, die wir nicht gebrauchen und dafür nur Ausfuhr zugelassen, die wir nicht entnehmen können. Wein, Liköre, Seidenstoffe haben das Land überflutet. Frankreich allein hat in drei Monaten für über 100 Millionen Mark seines billigen Weines ins Land laufen lassen und während die rheinische Textilindustrie schwer zu kämpfen hat, werden belgische und französische Fabrikanten ununterbrochen Waren ins Land.

Die Folgen der Sanktionen sind für die arbeitenden Kreise besonders bemerkbar geworden. Sie haben auf der einen Seite zu einer schweren Störung der Produktion geföhrt, weil sowohl die Zufuhr von Rohstoffen, wie die Ausfuhr von Fertigfabrikaten verhindert und mitunter unmöglich gemacht wurde, und sie haben auf der anderen Seite das Existenzminimum außerordentlich in die Höhe gehoben, weil die fremden Befehle mit ihren Preislisten alles steuerten. Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen wird also nur in der einen Richtung eine Erleichterung schaffen. Freilich wenn wir sie mit der Bewilligung hoher Kontingente an die französischen Einfuhrzölle verknüpfen müssen, wird der Preis sehr hoch sein und unsere Handelsbilanz erheblich belasten. Man streift über die Tätigkeit des Staatsreferenten, wie sich in diesen Tagen im Rheinland häuften unglücklich und nicht ihm bei aller Anerkennung seiner wirtschaftlichen Fähigkeiten einen erheblichen Ansehenspolitischen Weisheit vor. Schlimmer aber ist, daß die Zahl der militärischen Sanktionen weiter auf uns drückt. Solange sie aufrecht erhalten bleiben, kann von einer wirklichen Erholung der Rheinlande keine Rede sein, wenn man sich

vorstellt, daß in einer Stadt wie Duisburg noch heute mindestens 10 000 Mann Besatzung liegen, die die Ruhrstraße und umgeben die Bahnen sind, die die Ruhrstraße.

Die militärischen Sanktionen waren von vornherein umso widerföhriker, als die ganze Art der Besatzung überhaupt sich als völliger Unfinn darstellte. Um die Fiktion der Oberherrlichkeit aufrecht zu erhalten, brauchte man in dem ganzen entvölkerten Lande wohlhabend nicht eine Viertelmillion Truppen auf dem Weizen zu haben. Rein Wunsch im Rheinland denkt an bewaffneten Widerstand, man hat nur die eine Sehnsucht, im Frieden seiner Arbeit nachgehen zu können. Man weiß auch sehr wohl, daß Frankreich weniger, daß Frankreich durch seine eigene Augenblickspolitik die Möglichkeit verfehrt, sofort Hilfe zu haben. Denn, wenn man sich endlich entschließt, die Besatzung hier ganz aufzuheben, oder wenigstens auf ein bescheidenes Minimum zu verringern, würde der Nachbar im Westen sofort die materielle Hilfe haben können, die er braucht.

Die Aufhebung der Zollgrenze und des noch viel unheilvolleren Emsler Systems werden bei uns aufatmend begrüßt, weil sie vielleicht noch zurecht kommen, um den Zusammenbruch der rheinischen Wirtschaft zu verhindern. So ihre Wirkung noch dahin gehen wird, die Wirtschaftskämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern unnötig zu machen, die infolge der allgemeinen Preissteigerung vor der Tür stehen, ist sehr zweifelhaft. Eine Aussicht darauf befände sich nur dann, wenn man auch sofort die militärischen Sanktionen aufheben und die Bevölkerung von dieser Last befreien würde.

Am Wege zum Frieden.

In Oberfranken bilden sich partizipative Ausschüsse um weitere Gewaltmaßnahmen zu verhindern.

Kattowitz, 17. August. (M.B.) Auf Anregung der neuerschaffenen Vertretung der polnisch gesinnten Bevölkerung Oberfrankens, des obersten polnischen Volksverbandes, hatte am 12. August eine Vorgesprechung zwischen Deutschen und Polen stattgefunden, in der beschlossen worden war, eine gemeinsame Verammlung der Vertreter aller deutschen und polnischen Vereine und Gewerkschaften Oberfrankens einzuberufen. Diese Verammlung hat gestern in Kattowitz stattgefunden. Alle deutschen und polnischen Gewerkschaften und Parteien waren durch ihre berufenen Führer vertreten. Der Vorsitzende des deutschen Ausschusses für Oberfranken Dr. Luas sei leitete die Verammlung, deren Zweck die Besserung von Minderheiten war, die geeignet sind, innerhalb der Bevölkerung Oberfrankens ein freundschaftliches Verhältnis anzubahnen. Nach eingehender Besprechung wurde beschlossen, daß die berufenen Vertreter, beider Nationalitäten, getrennte Auftritte an die oberfränkische Bevölkerung erlassen, die dem Sinne nach übereinstimmen und gleichzeitig in den deutschen und den polnischen Zeitungen alsbald erscheinen werden. Die Auftritte sollen die Notwendigkeit einer Überbrückung der nationalen Gegensätze betonen, sich gegen jede gewaltsame Lösung der oberfränkischen Frage sowie gegen jede Gewaltthatigkeit und Bestrafung Auszubehender — erklären. Sie sollen die Bildung partizipativer Vertretungen beider Nationalitäten und unangenehmer Ausschüsse anbahnen, die dafür sorgen, daß in friedlicher Zusammenarbeit Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werden. Die Bildung partizipativer Ausschüsse ist bereits in Angriff genommen worden. Es wurde ferner vereinbart, daß alle Ausstellungen, die von irgendeiner Seite vorgenommen, nachgeprüft werden sollten.

Der nähe Friede.

Paris, 18. August. (M.B.) Ministerpräsident Briand gab gestern Pressevertretern folgende Erklärung ab: Offen gehalten, fügte ich keinerlei Meinung, die Streitereien über Oberfranken nach fortzuführen. Sie haben schon mehr als lange genug gedauert. Am liebsten ist der ganze Streitfall dem Völkerbund zur Entscheidung eines unabhängigen unterbreitet und dieser Rat besteht aus den Vertretern von acht Ländern, die alle Vertragsstaaten der völkerrichtigen Unabhängigkeit gewähren. Ich meine nichts habe schließliches Vertrauen in diesen Männern. Ich beweise damit erneut, daß die französische Regierung trotz aller

fasten Behauptungen in diesem Fall voll und ganz unvoreingenommen ist.

Der Völkerrundrat tagt am 25. August.

Paris, 18. Aug. (W. T. B.) Die Tagesmitteilung, soll Baron Hü, nachdem in den letzten Tagen ein lebhafter Meinungsaustrausch stattgefunden hatte, und hauptsächlich infolge der am 17. August zwischen den Mitgliedern des Völkerrundrates in Paris abgehaltenen Besprechungen beschlossen haben, die ursprünglich auf den 1. September festgesetzte Session des Völkerrundrates auf einige Tage früher zu versetzen. Der Rat soll in Genf gegen den 25. August zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung wird in erster Linie die Prüfung der oberfränkischen Frage stehen.

Republik Fränkichen.

Ungarn soll laut Friedensvertrag wieder ein Stützpunkt werden bekommen. Es handelt sich um das nach unterfränkischer Kriegsabteilung lebende Fränkichen (madrarisch Rees, nämlich Baranya). Die Arbeiter des Landes sind von schwerer Notwendigkeit vor dem Späth Herbst überhäuft. Die Arbeiter würden Fränkichen wohl auch getreu behalten, schon wegen seiner Rolle, mit der es die Bahnen des Königreiches S. S. E. betreibt. Es ist nun eine demokratische Republik Fränkichen feierlich proklamiert worden, die sich der Einverleibung in Ostungarn — nicht ein freies Ungarn — mit aller Kraft und gewiß mit aller fränkischen Förderung widersetzen will. Kataloi soll aus seinem dalmatinischen Exil nach Fränkichen berufen worden sein, dessen Bürgermeister Bela Andor Karolisi Kriegsminister gewesen ist. Der Leiter der internationalen Arbeitskommission, ein englischer Herr, versichert zwar die Arbeiter, daß sie nichts zu befürchten hätten, aber schon hat im ungarischen Parlament die Regierung jede Mitwirkung der Ostfränkichen Vertretung der Bergarbeiter abgelehnt.

So sehr wir mit dieser energischen Maßnahme an das reaktionäre Ungarn sympathisieren, wird den Arbeitern doch die Macht der Entente einzufließen. Weich doch schon die „Telegraphen-Union“ aus Paris zu melden: Die Völkerrundratskonferenz hat heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten. Sie nahm Kenntnis von den Telegrammen, die sie aus Baranya erhalten hat, wo eine kommunale Republik proklamiert worden ist. Die Konferenz hat beschlossen, sofort in Belgien Schritte zu unternehmen, um die fränkische Regierung an die Notwendigkeit zu erinnern, den Bestimmungen des Vertrages von Trianon entsprechend, die ungarischen Gebiete zu räumen. Ungarn wird gleichzeitig an die früheren entsprechenden Noten erinnert.

Vor der Uebergabe des Burgenlandes.

Burgenland nennt man den deutschen Teil Westungarns, der nach dem Frieden zu Trianon nunmehr an Deutschland fällt. Die bestmöglichen Orte dieses Gebiets heißen: Neudorf, Debenburg, Eisenburg, Mieleiburg, daneben gibt es eine Anzahl kleinerer Orte, die auf Burg enben. Daher der Name „Burgenland“. Es ist seit 1500 Jahren deutsches Siedlungsgebiet und muß unweifelhaft zu Deutschland zurückgeführt werden. Am 26. August tritt Ungarn das Land ab und am 27. Aug. wird es von Österreich feierlich übernommen werden; falls nichts dazwischen kommt. Man hat Grund, einen Aufschrei der ungarischen Bevölkerung zu befürchten, die ihre weltliche Zentrale in dem lachstischen Steinamanger haben. Der Österreich hat dem Burgenland mit seiner großen Arbeitskraft ein Heimt erheblichen Programmunterstützung des jetzt erwerblichen Bauwachs. Das Burgenland produziert Weizen, Getreide, Kartoffeln, Mandeln, Schweine, Salz und Honig. Es ist ein verwickeltes, großes Gebiet von rund 240 000 Hektar und 350 000 Einwohnern.

100 000 Mark für Rußland.

Der Magistrat Berlin hat einstimmig beschlossen, für die Notleidenden Sowjetrußlands 100 000 Mark zu bewilligen, vorbehaltlich der Zustimmung der Berliner Stadterordnetenversammlung. Der Berliner Stadterordnetenversammlung liegt schon ein Antrag der drei sozialistischen Fraktionen vor, ebenfalls 100 000 Mark für die Sowjetrußland in Rußland zu gewähren. Danach kann man annehmen, daß dieser Betrag sehr bald von beiden Gemeindeförderung einstimmig geföhrt wird.

Badewinkel.

Erzählung von Theodor Storm.

Über dem Dache des Rathhauses, das zugleich die Wohnung des höchsten Bürgermeisters bildet, kreuzten die ersten Schwellen in der Frühjahrsstunde; auf der Dorfstraße standen die „Bürgermeisterschwellen“ und suchten vergebens die Königin der Luft mit den Schwingen ihres Vorkopfes zu erreichen; denn er in seinem Geschick und Arbeitsamt war der Weisheit, der er außer dem gemeinsamen Amt auch das eines Verdichters und Politikers in seiner Person vereinigte, wiewohl in ein dickes Altkleid, nicht abend des letzten Jahres, der durch die Fenster zu ihm herabströmte. Da wurde draußen höchst an die Tür gepöschelt, und auf das verdorrte „Herrn!“ des Beamten trat ein brauner häßlicher Mann über die Schwelle, der indes die erste Hälfte der Bierzeit schon erreicht haben mochte.

Der Bürgermeister erhob das rote behagliche Gesicht aus seinen Ästen, warf einen flüchtigen Blick auf den Eintretenden und sagte, als er die finstere Kleidung desselben bemerkt hatte, mit einer runden Handbewegung: „Wollen Sie gefälligst Platz nehmen; ich werde gleich zu Ihren Diensten sein.“ Dann setzte er den Kopf wieder in die Ästen.

Der andere aber war einen Schritt näher getreten. „Sich du jetzt immer so fleißig, Fritz?“ fragte er. „Du läßt dich einmal nicht an deiner Krankheit.“

Der Bürgermeister lagf empör, haßte die Brille von der Nase und harcte den Sprecher aus seinen kleinen gutmütigen Augen an. „Richard, du bist es!“ rief er. „Mein Gott, wie gut du mich noch kennst! Und doch, mein Schatz, ich hab und der Rest des Jahres ganz gearbeitet! Ja, ja, ein solches Bürgermeisteramt!“

Die kleine behagliche Gestalt war hinter dem Altkleid verschwunden, Karl Stephanus schloß er in das

luis des ihn sah um Kommissare übertragenden Freundes. „Das“, sagte er und schloßte mit seiner linken Hand aber das noch glühende braune Haar des Besizers, „das ist natürlich nur Verleumdung; aber die Augen, diese unaussprechlich jungen Augen, das sind doch wohl die echten Asten aus unieren lustigen Tagen!“

Der Herr sah lächelnd diesen Strahl aus Gestaub über sich ergießen, während der Bürgermeister ihn neben sich auf Sofa niedersag. „Und nun“, fuhr der Letztere fort, „wo kommst du her, was bist du, was treibst du?“

„Ich Fritz?“ erwiderte überredend der andere, „ich suche einen Inhalt für das noch immer leere Gehirne meines Lebens, oder vielmehr“, sagte er etwas ernster hinzu, „ich suche die nicht, ich suche mir ein wenig an deiner Seite.“

Der Bürgermeister sah ihm treuerichtig in die Augen. „Du, Richard?“ fragte er, „der auf der Unklarheit alle Faktallaten abgewendet hat? Willst doch ein alter Kamerad unter einem gewissen Anonymus sogar deine Feder in einer somatischen Heilkräft erweist haben?“

„Wirklich, Fritz?“ — Er hat nicht bedacht.“

„Der kleine dicke Mann besah sich. „Du bist noch lebzig?“ fragte er. „Ja, noch immer? Gut! Du warst ein Schwärmer, Richard! Weißt du noch, als wir Studenten auf der Dornburg tanzten? Du hattest gezeigt die Braut zu Hause; du wollest nicht tanzen; du saßest in der Ecke bei dem langen Wasserarm, der wegen seiner großen Stiefeln nicht tanzen konnte, und trankst nur Wein, sehr viel Wein, Richard! Du wollest die fetigen Tänze nicht unterstützen, die du dohermit mit ihr getrieben hattest!“

Der andere war ein wenig still geworden, während der Bürgermeister in plötzlicher Anrede seine goldene Uhr aus dem Abgrund seiner Tasche zog. „Zug mit, Richard“, begann er wieder, „du identifiert mich doch den heutigen Tag?“

„Ich muß am Nachmittag noch weiter.“

„Dann noch das alte Bücher noch weiter.“

Keine Lösung des Finanzproblems.

Von Wilhelm Reil.

II.

Schwerer noch als die gewöhnlichen Gründe der sozialen Moral wiegen die Gründe, die über die Notwendigkeit, die für einen neuen Steuerprogramm sprechen. Die einzelnen Vorläufe bringen nicht einmal die erwartenden Erträge. Die drei Paragrafen, die den Besitz treffen sollen, werden jahrelang leer laufen. Die Steuer von den Gewinnen der Industrie ist erst im Juli 30. Juni 1921 veranlagt worden. Wie die überalterten Finanzämter diese Aufgabe bewältigen, vergeht ein Jahr, bis die Steuer von den inzwischen nicht verschwundenen Gewinnen in die Reichskasse kommt, schreiben wir 1923. Die neue Vermögenssteuer mit Zuschlag soll erst vom 1. April 1923 ab in Verteilungsraten erträgt werden. Bis eine volle Zahlveranlagung erfolgt ist, ist der Sommer 1922 gekommen. Die neue fiktive Vermögenssteuer wird erst im Jahre 1926 fällig! Ganz unerfindlich ist, warum sie nicht wenigstens aus Grund der nächsten Veranlagung zur alten „Besitzsteuer“ (die durch die Vermögenszuwachssteuer ersetzt werden soll), die auf den 31. Dezember 1922 zu erfolgen hat, erhoben werden kann.

Für die nächsten Jahre stehen also diese Besitzsteuer auf dem Papier! Wenn sie erhoben werden sollen, werden die Steuerobjekte zum Teil in Sicherheit gebracht sein. Ganz anders die Verbrauchssteuer. Sie wirken gegen die Einkommensteuer von Lohn und Gehalt, von den Brantweinabgaben und der Veranlagung der Bierabgaben sei einzuweisen nur bemerkt, daß die Steuergebühren nur seiner Fälligkeit hinsichtlich des Verbrauchs hingehen mögen. Es zeugt von einer völligen Verkennung der künftigen Entwicklung, daß trotz der verheerenden Steuer, zu der in der Wirtschaft eine beträchtliche Erhöhung der sonstigen Produktionskosten kommt, der Bierverbrauch der gleiche bleiben werde. Die kleineren Verbrauchssteuern, deren übrigens zwecks Verabreichung ihrer Zahl gleich mehrere in einer Vorlage zusammengefaßt werden, seien heute übergeben, obgleich das mancherlei zu sagen wäre.

Steuerobjekte aber sind die Zuckers, die Kohlen und die Umfahsteuer. Da Umfah- und Kohlensteuer die Ware belasten, auch den Zuckers, erträgt sich dieser einer dreimaligen Verdrückung. Zunächst soll die Steuer für ein Pfund Zucker von 7 auf 50 Pf. erhöht werden. Zum dritten die Erhöhung der Steuer auf die zur Auzerzeugung erforderliche Kohle von 20 auf 30 Prozent des Erzeugnisses. Schließlich kommt noch hinzu die verdoppelte Umfahsteuer für den Anlauf der Zuckerrüben, für den Absatz der fertigen Ware an den Großhandel und für den Absatz von Zuckers an den Kleinhandel. Was hier das Kabinett schreien und schreien, das die Vorlage noch gezeigt hat, dem Zucker zusetzen, das ist des guten wohl ein bißchen zu viel.

Für die Kohlensteuer lassen sich im Hinblick auf den Weltmarktpreis der Kohle und die Kohlenpreise noch die durchschlagendsten Gründe geltend machen. Auch aber die hieraus sich ergebende Belastung des gesamten Wirtschaftens getragen werden, so ist aufs schärfste zu prüfen, ob daneben noch eine Erhöhung der Umfahsteuer, die übrigens nach der Kohle wieder trifft, auch nur in bescheidenem Maße zulässig ist. Eine Verdoppelung und Verdreifachung der Steuer mit der Wirkung, daß sie der Reichsstaats 2 bis 3 Milliarden jährlich zuführt, wurde die Gesamtumsatzkraft in einer Weise belastet, daß ihre Leistungsfähigkeit nicht gelitten, sondern gehemmt werden mußte. Über noch wäre eine entsprechende Anspannung der Einkommensteuer zu erwarten, als die Lösung der Umfahsteuer mit ihrer brutalen Belastung nach der Zahl der Köpfe, statt nach der Höhe des Einkommens.

Aber es gibt noch andere Quellen, an denen geschöpft werden kann. Aus parteipolitischen Rücksichten hat man jahrelang die Börsepekulation auf Kosten des Gemeinwohls sich anstehen lassen, ohne die vielen Hunderte von Millionen an Steuern aufzubringen, die hier auf der Straße liegen. In die Milliarden gehen die von den großen Gewerbetreibenden an ihre alten Aktionäre quasi vererbten Aktien Aktien, die sofort reiche Früchte tragen; der sonst so begehrtete Aktien aber ist entlassungswillig, weil er eine einflussreiche Regierungspolitik nicht zu nahe kommen möchte. Und vor allem werden die Aktien nicht auf die Rückseite der Börse, noch von weitem ab. Es ist nicht einzusehen, warum nicht die Aktiensteuer wenigstens, das Gemüde ihres früheren Ertrages aufbringen sollen, wenn die im ganzen häufig zu tragende Last mehr als das Fünftel der früheren macht.

Und wie steht's mit der Aufwandsteuer? Die Zahl der, die ihren möglichen Höhe Steuern auf Vermögen und Vermögenszuwachs zur Verbrauchssteuer und Veranlagung führt, betrieht auf die Finanzverwaltung nicht. Sie glaubt jedoch, ihre Rechnung tragen zu sollen durch übermäßige Verschwendung in der Bekleidung der Vermögensvermehrung. Sie aber der Zustand haltbar, daß man unter gleichen Verhältnissen bei zwei gleich großen Einkommen, wenn dem einen lautet es erträgt und damit wirtschaftlichen Zwecken dienlich gemacht wird, eine Sondersteuer erhebt, das andere aber, das in ähnlicher Lebensführung nötig verbraucht wird, von der Sondersteuer verschont bleibt? Verdient nicht der, der ein Millionenvermögen aus dem letzten Vermögensvertricht, schärfer erhebt zu werden als der, der von demselben Einkommen einen Teil zur Auzerhaltung verwendet? Was nicht das Moralischen gegen die Schlemmer und Profler, wenn man es an dem schmerzhaftesten Gesetzmäßigkeiten, die überdies, wie man schon heute, leicht durchführbar wären, fehlen läßt?

Wenn das das kleine Mittelfeld im Bereich der Größe der gestellten Aufgabe. Glaubt man aber auf die Erhöhung der Zinssteuer nicht verzichten zu können, warum dann auf die Vermögenssteuer? Glaubt man mit diesen Vorläufen das Problem nicht lösen zu können? Das ist nur möglich mit dem Zugriff auf den Sachwertbeiz, der bei allen bisherigen Veranlagungen vernachlässigt worden ist, der sich auch den neu vorgeschlagenen Steuern weitgehend zu entziehen verstehen wird. Dine neuen Zugriff wird die Rede sein zu tun bleiben. Nur wenn das Reich sich selbst in den Besitz von größeren Vermögenswerten setzt, wird das Vertrauen des Auslandes gehahrt und die Welt gestört werden. Nur wenn das Reich die Hand auf die Sachwertbeiz legt, werden die Besitzenden den Mittel an den Reichskassen tragen müssen, den sie zu tragen verpflichtet sind, und nur in diesem Falle kann der Reichsaufverlangt und schließlich zum Einband gebracht werden, der Verbrauchssteuer.

Teuerung, Geldentwertung, Naturalrückgang, Lohn- und Gehaltserhöhung und neue Verbrauchssteuern um, barstellen. Soll es auf der tiefsten Ebene sein, so halten geben, so ist's jetzt höchste Zeit, fassen die Masten zu straffen und den Abbruch zum Stillstand zu bringen. Im anderen Falle geht's weiter hinaus und niemand weiß, wo wir schließlich ankommen werden.

„Tribüne“, Beamtenbund und A. D. G. B.

Die „Tribüne“ muß doch von jenseits publizistischer Seiten bearbeitet werden. Daraus sind die Einzelheiten zu front bezuziehen und werden dazu immer ihr Unverständnis: Sie schimpfen auf die Bogen der freien Gewerkschaften. So auch gestern wieder, als sie aktiv eingreifen in die Verhältnisse, ein gewisses Vertragsverhältnis zwischen freiergewerkschaftlichen Organisationen und Beamtenbund zu schaffen. Das Ziel ihres Angriffs sind nicht die maßgebenden Männer des Beamtenbundes, die sämtlich Vertreter bürgerlicher Parteien, teilweise sogar der Deutschen Volkspartei sind, sondern die anderen, die Männer der Gewerkschaften.

Saben die Männer der „Tribüne“ nicht jüdische Griffe im Kopf, sich auch mal eigene Gedanken zu machen, sonst könnte sie nicht von einem ungeheuren Entzweiungstun der Beamten gegen den A. D. G. B. schreiben, in demselben Augenblicke, da die „Tribüne“ Zeitung, in ihrer Angelegenheit erklären kann, daß die Beziehungen der Deutsche Beamtenbund: keine in Zukunft ins freiergewerkschaftliche Rahmen kommen, ungedrückt seien. Die Beamtenfrage möchte eine kritische soziale, freilich gerichtete, starke Gewerkschaftspolitik in Zukunft zu erhalten, aber eine Politik vom Standpunkt der Beamten.

So geht ja die Geschichte nun doch nicht. Wir bezweifeln die Aufrechterhaltung der Mäßigkeit weiterer Verhandlungen zwischen A. D. G. B. und Beamtenbund, aber die Grundlage einer Vereinbarung zwischen beiden Organisationen wäre dieselbe sein, wie zwischen A. D. G. B. und A. D. G. B. Es wäre jedoch, nur zur Durchführung der jetzigen Bewegung auf Erhöhung der Gehälter ein augenblickliches Zusammengehen zu schaffen, weil schließlich die volksparteilich organisierten Beamtenführer in den Reihen der volksparteilichen Parlamentarier dazu nicht die nötige Hilfe finden. Das Vertragsverhältnis muß von Dauer sein und wird weniger an der Unveränderlichkeit des A. D. G. B. als an anderen Sätzen stehen, am meisten an der gewissenhaften Wahrung der Kommitmenten, denen es genügt hat, zu tun ist, praktische Ergebnisse für die notleidenden Arbeiter und Beamten herauszuholen.

Notizen.

Gewerkschaftsleistungen. Wie die Blätter aus Pörsch melden, haben 50 Gemeinden des Kreises Sonneberg die Einstellung der Zahlungen beschlossen. Als Grund dieses Beschlusses wird die unzureichende Zuweisung von Mitteln seitens des Reiches und die Schwierigkeiten der Nebeneinnahme neuer Mittel angegeben.

Im 10. August 400 Millionen Mark Defizit. Die Einnahmen in der ersten Dekade des Monats August an Zöllen, Steuern, Abgaben und Gebühren betragen sich auf 1.804.404.000 Mark. In der gleichen Zeit haben die Betriebsverwaltungen des Reiches 268.013.000 Mark Zuschlag erbehalten. Zwar war die Reichspostverwaltung in der Lage, 139.983.000 Mark Zuschlag abzugeben, dagegen hat die Reichsbahn 128.030.000 Mark Zuschlag zur Deckung ihres Defizits 407.985.000 Mark Zuschlag erhalten müssen. Für 10 Tage ist dies eine schwere Summe Geldes.

„Stahlfabrik“ fragt. Die wegen Zugehörigkeit zum „Stahlfabrik“ entlassenen Beamten der braunschweigischen Schutzpolizei haben nach einer Meldung der „Landeszeitung“ ihren Vorgesetzten beauftragt, Klage gegen den braunschweigischen Landesminister zu erheben, weil kein Grund zur Entlassung vorliegt. Die Klage wird beim Landgericht eingereicht werden. Da das Beamtenverhältnis ein dienstlich-rechtliches ist, so dürfte eine Zivilklage auf Wiederherstellung oder Weiterbeschäftigung von vornherein unzulässig sein.

Beginn der Kredithilfe für Oesterreich. Die Kredithilfe für Oesterreich wird in diesem Monate beginnen. Oesterreich erhält einen Vorschuss von fünf Millionen Pfund und muß als Sicherheit für diesen Vorschuss keine Zölle verpfänden.

Brand geht nach Washington. Bei dem Besuche, den der amerikanische Botschafter in Wien E. Herrick gestern nachmittags am Canal-Deich abstratete, überreichte ihm Brand die französische Antwort auf die Einladung zu dem am 11. November in Washington stattfindenden Völkervereinigung. Die französische Regierung nimmt die Einladung an und teilt mit, daß der Ministerpräsident Brantock betreiben wird.

Im Einkommensvertricht der Arbeiter. Wir können die englischen Bedingungen nicht annehmen und wollen sie nicht annehmen. Irland wird nicht das Statut eines englischen Domains angeboten. Die Zren beschließen, mit aller Macht Widerstand zu leisten und sind bereit, den unermesslichen Ansprüchen Irlands entgegenzutreten. Die Zren sind bisher nicht vor der Genau zurückzuführen, so werden auch jetzt nicht zurückweichen, weil mehr Watten herbeizutragen worden sind.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig in den Vereinigten Staaten 5.733.000.

Vormarsch der Griechen in Kleinasien. Nach amtlichen Nachrichten setzen die Griechen an der kleinasiatischen Front den Vormarsch fort.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft, und wenn die Welt zugrunde geht!
Ein Kampf zwischen Betriebsrat und Firma am 40. Pf.

In der „Metallarbeitszeitung“ schreibt ein Mitarbeiter: Herr Akt: Der Vertreter der Firma Stücken Sohn, Herr G., telefoniert dem Vorsitzenden des Betriebsrates, Herr G. Es haben 40 Pf. Porto für einen Brief nach der Werk-Tönning in Anrechnung gebracht, die 40 Pf. bezahle ich nicht. G. Aber Herr G., der Betriebsrat aus Tönning frage an, ob auf anderer Herr Arbeiter eingekauft wurden. In Tönning seien über 500 Arbeiter entlassen worden. Als Höflicher Mensch mußte ich doch den Brief beantworten. G.: Ach, ich, höflich sollen Sie auch sein, aber das Korrespondieren mit anderen Betriebsräten ist im A. D. G. nicht vorgehen. Sie haben sich gegen das R.G.B. vergangen und dafür bezahlen wir die Kosten nicht. Aber ich, wenn ich die Erklärung abgebe, daß wir die 40 Pf. nicht zu bezahlen brauchen, dann wollen wir Sie sparen geben. G.: Wenn ich

die Erklärung abgebe, dann gebe ich zu, daß ich zu Herr Akt etwas empfangen, und Gehalts nehme ich nicht von der Firma nicht. G.: Ja, dann bezahlen wir sie nicht. G.: Dann muß ich den Schlichtungsausschuss anrufen.

Zweiter Akt: Im Verhandlungszimmer des Schlichtungsausschusses. Vorsitzender M.: Es handelt sich um einen Streit zwischen Betriebsrat und Firma wegen 40 Pf. Allgemeines Stauen, dann Lachen. G.: Die Firma hat nach § 36 des A. D. G. die notwendigen Kosten des Betriebsrates zu tragen. Zu den notwendigen Kosten gehört auch das Porto für die Briefe, die der Vorsitzende des Betriebsrates in seiner Eigenschaft als Betriebsrat zu schreiben hat. G.: Es ist im Gesetz nicht enthalten, daß der Betriebsrat mit anderen Betriebsräten zu schreiben habe. Würde der Schlichtungsausschuss zugunsten des G. entscheiden, dann könnte der Betriebsrat aus Stettin den Betriebsrat in Hamburg zu einer wichtigen Besprechung einladen. Als Höflicher Mensch würde Herr G. einhaken und die Firma müßte die Kosten tragen. Der Vorsitzende macht einen Vergleichsversuch, dieser wird abgelehnt. Hierauf 15minütige Beratung.

Dritter Akt: Vorsitzender: Der Antrag des Betriebsrates wird abgelehnt. Die Tätigkeit des Betriebsrates bezieht sich lediglich auf den Betrieb, zu dem er gehört. Die Erhebung von Fragen, die andere Betriebe betreffen oder sich auf allgemein wirtschaftliche Dinge beziehen, ist nicht Ihre Sache.

Herr G. verläßt mit dem stolzen Bewußtsein, seiner Firma 40 Pf. gerettet zu haben, den Saal, während G. über die Weltfremde des Schlichtungsausschusses nachdenkt.

Wulst auf den bevorstehenden Lohnbewegungen der Gemeinbedarbeiter.

Zwischen den Vorständen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Reichsarbeiterverbandes deutscher Gemeinden und Kommunalverbände ist am 11. August folgende Vereinbarung getroffen worden:

„In Erkenntnis der sich vorbereitenden Veränderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen empfehlen der Reichsarbeiterverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ihren Mitgliedern unerlässlich alle Vorbereitungen zu treffen, um rechtzeitig über gemeinsame bestmögliche (örtliche) Verhandlungen sich über Art und Höhe der durch die Teuerungserhältnisse bedingten Lohnzulagen zu verständigen.“

Bei der Berücksichtigung der berechtigten (örtlichen) Bedürfnisse und der Voraussetzungen für eine zentrale Regelung nicht gegeben; es muß vielmehr den Bezirken (Orten) überlassen bleiben, die durch die jeweiligen Verhältnisse bedingten Maßnahmen zu treffen.

Anschließend der außergewöhnlichen Umstände wird im Einzelfalle dabei zu prüfen sein, ob und inwieweit etwa trotz noch bestehender langfristiger Verträge Zulagen zu gewähren sind, ebenso wie erst in letzter Zeit vereinbarte Lohnzulagen auf der anderen Seite entsprechend zu berücksichtigen sein werden.

Der Abschluß über das einheitliche Ausmaß bei in Betracht der eingetretener Teuerung und inwieweit etwa trotz noch bestehender langfristiger Verträge Zulagen zu gewähren sind, im allgemeinen erst dann erfolgen können, wenn die Wirtschaftslage sich geklärt und die Frage auch bei Reich und Staat ihre Regelung gefunden hat.

Berlin, den 11. August 1921.

Reichsarbeiterverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände.

Wulst, Dr. Sternberg-Roach.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Fritz Wüster.

Entlassungen in Bremen. Die Aktiengesellschaft Weser Schiffbau, die Arbeiterhaftung zu entlassen, nachdem die Arbeiterhaftung in einer Betriebsvereinbarung den Eintritt in den Streit beschloß.

Schutzarbeiterfrage in Berlin und Mainz. Mitgliederbewegungen aus Stettin zufolge sind dort die Mitglieder freien Lohnstreikseitigen in den Streit getreten. Außerdem streiken seit Freitag voriger Woche etwa 300 Arbeiter der Stettiner Schlagschifferei. Die Arbeiter des Holzgewerbes in Mainz, und zwar sowohl die freiergewerkschaftlich als auch die dienstlich organisierten, haben beschlossen, von heute ab zu streiken, um ihre neuen Lohnforderungen durchzusetzen.

Gewerkschaftliches.

10. Internationaler Gewerkschaftstag in Basel.

Am 22. August 1921 tritt in Basel der 10. internationale Gewerkschaftstag zusammen. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung sind: 1. Die zwischen dem A. D. G. B. und dem Glasgower Komitee (1913-1921); 2. Revision der Satzung des A. D. G. B.; 3. Die Revision der Glasgower Friedensresolution und die Prinzipien internationalen Rechts im Sinne des Gewerkschaftswesens; 4. Die internationale Gewerkschaftspolitik, wie von den internationalen und nationalen Konferenzen in Paris angenommen; 5. Die zwischen dem A. D. G. B. und einer internationalen Gewerkschaftsorganisation bezüglichen Beziehungen (Ref. H. Kaufmann-Samburo); 6. Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften. Des weiteren erfolgt Stellungnahme zum „Internationalen Arbeitsbureau“ und dem „Wallerbund“.

Die Konsumgewerkschaften und die Volkserziehung.

Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine läßt in seiner Sitzung am 11. August einstimmig folgenden Bescheid:

„Das Tarifamt empfiehlt den Gewerkschaften, soweit die Angelegenheit nicht durch anderweitige Abmachungen geregelt wird, die Erhöhung des Brotpreises ab 15. August für die bei ihnen beschäftigten Personen durch eine Lohnzulage auszusprechen, die ab 12. Markt wöchentlich zu bemessen ist. Ebenfalls empfiehlt es sich, einen Ausgleich für die in Aussicht stehende Mietersteuer ab Oktober durch eine wöchentliche Zulage von mindestens 150 Mark zu leisten.“

Briefkasten der Redaktion.

S. C. Unnenhoff. Bewährungsfrist wird beim Sondergericht nur bei Strafen bis zu 6 Monaten und Strafen, die nach Absatz 9 der angezogenen Unterordnungssatz 6 Monate nicht übersteigen, abgelehnt. Sondergerichten, die über dieses Maß hinausgehen, werden nicht angesetzt. Sie bleibt nur der Weg eines Mandats an die obersten Reichsbehörden übrig.

Wetterbericht

Am 12. August (Freitag): Gewitterhafte Regenfälle, meißelndem, Windstille.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Garbe, für den Anzeigenenteil: Wilhelm Szekula, beide in Berlin.



Ab morgen! 19.—25. August!
Erstaufführung!
Der Monumental-Sitten-Groß-Film
„Die kinderlose Ehe!“

Eine Tragikomödie aus dem dunklen Norden Berlins.



7
Akte
deutscher
Darstellungskunst
Ergreifendste
Ausdruckskunst,
ein Bild
von wahrer Tragik.

Emil Jannings

spielt den verwaorsten
Bruder mit verwegener
Realistik.

Nach dem gleichnamigen Bühnenstück von Gerh. Hauptmann.

„**DIE RATTEN!**“

Mitwirkende: Emil Jannings — Eugen Klöpfer — Blandine Ebinger —
Hermann Vallenin — Marja Leiko — Trude Hoffmann —
und Deutschlands grosse Charakter-Darstellerin **Lucie Höflich.**

Ausserdem:
2 lustige Akte mit **Thea Steinbrecher**
„Jankee Duddler von Steifelsdorf“.

Wie ein Film entsteht? Original-Neuheit in 1 Akt!

Beginn täglich: 4.00 6.15 u. 8.30.

Leipziger Strasse 88



Alte Promenade 11a

Fernruf 1224.

Fernruf 5788.

Ab morgen Freitag, den 19. August 1931:



Colette Corder,
Sensationeller Abenteuer- und Detektivfilm
in 6 Akten mit

Eine Kette von spannenden Abenteuern, von
sensationalen Ueberraschungen bietet dieser
Film. Mit ungläublicher Raffinerie ausgeführte
Verbrechen. Fabelhafte Geschicklichkeit der
Täter — und der sie verfolgenden Detektive.
Vorführung: 4.30 6.40 8.50.

Rnoppchen ißt Hasenbraten.
Lustspiel in 2 Akten mit
Frederic Buch als Knoppchen.

Von **Schreibischt und Werkstatt.**
Beginn: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr



Cola die Apachenbraut
Gewaltiger Abenteuerfilm in 6 Akten mit
Colette Corder.

Aus dem Inhalt:
Lola flucht aus dem Gefängnis.
An Bord der „Lusitania“.
Die Flucht im Rettungsboot.
Lola freiwillig in Gefangenschaft.
Vorführung: 4.00 6.30 9.00.

„**Die goldene Spinne**“
Schwank in 3 Akten mit Wilh. Hartstien.

Die neuesten Wochenberichte.
Beginn: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr.
Infolge der Länge des Programms Beginn der
Abendvorstellung pünktlich 8 Uhr.

Walballa
Lichtspiel-Theater

Ab 19. August 1931:

Goliath Armstrong!
Der Herkules der schwarzen Berge

Sensationalfilm in 6 Abteilungen
In der Hauptrolle: **ELMO LINCOLN**



Der Inhalt des I. u. II. Teils wird
im I. Akt des III. Teils verschlüsselt
voll wiederholt.

III. Teil:

**Das Haus der tausend
Gefahren!**

Sechs überaus spannende Akte.
Vorführung 4.00 6.45 9.30 Uhr.

Ausserdem:

Die schwarze Rose von Cruska
Prächtiges Filmwerk in sechs Akten.
Vorführung 5.20 8.00 Uhr.

Aktenmappen
in Ia. Rindleder
jeher preiswert bei
Hugo Krasemann,
Baderwaren
Geisel-Vertrieb
nur 2
Schmeerstraße 10.

Max Schultze
Morikzinger 3

ohne Preisnachlass ab:

- Weiße Bohnen 175
- Grüne Erbsen 200
- Bitterer Erbsen 225
- Bollreis 5.00 4.75 4.00
- Brudreis 3.50 3.30 3.00
- Kartoffelmehl 4.00
- Roggenmehl 9.00
- markentrei 3.50 3.00
- Graupen 3.25
- Schmalz gar. rein 14.00
- Eiweißsalz 3.00
- Fetter Speck 13.00
- Neue saure Gurken 5.00

MÖBEL
noch zu alten Preisen.

Speisezimmer, dunkel
Eiche-Schlafzuber, eich
Grüne und gelbgrüne,
Komplette Küchen,
Vertikos, Büschelofen
mit Limbau, Trameaus,
Stühle, Stühle
verkauft sehr billig
Max Jungblut,
Möbelschäft,
— Albrechtstraße 37. —
— Erstes Geschäft zum
Probierenplan.

Vereine

kaufen Schieß-, Kegel- und
Verlosungs-Preise am billigsten
bei **Sobel, Gr. Ulrichsstraße 9.**
Steinweg 45. Reilsstraße 1.
Ammendorf, Bahnhofstraße 3.



Dieses Zeichen
bürgt für Qualitätsware!
Dauerwäsche Marke
Waschbär
ist unerreicht!
Kragen, Vorhemd., Manschetten
— allerbilligst. —

Dauerwäsche-Vertrieb, Rl. Berlin 2.

Luisenbad.

Promenade 19. Weissenfels Fernspr. 253
Institut für elektrische, elektro-galvanische
Heißluft- und Massage-Behandlung.
Behandlungszeit täglich von 7 Uhr morgens bis
8 Uhr abends.
Die Abteilung für Wannen-, Fichtennadel-,
Sol-, sowie alle medizinischen Bäder ist
täglich von vormittags 10 bis abends 8 Uhr ge-
öffnet. Sonntags geschlossen.
Ärztliche Anordnungen für Private und
Krankenkassen werden gewissenhaft
ausgeführt.

Kurt Lue und Frau.

Reclams Universal-Bibliothek

Preis 1.50 pro Nr.
empfiehlt die
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Dampf-Waschanstalt Halioria
Marienstraße 2
2 Minuten v. Bahnhof entfernt.
Telephon 8692.
Spezialität: Herren-Stärke-Wäsche.
Famil.-Roll-u. Naßwäsche n. Gew.u. Stütz

Extra billig. Extra billig.

Schuhwaren
Herr.-Arbeitschnürst. 139.00 Mk. ex
äußerst stabil von
Damen-Schnürstiefel 110.00
hochelegant von
Kinder-Schnürstiefel 49.00
sehr empfehlenswert 27/30 cm
Hausschuhe, Pantoffeln, 55.00
31/35
und Turnschuhe in reicher Auswahl
zu hab n bei
Rich. Schmidt Jr., Schuhmachermstr.
Merseburg, Seitenbeutel 3—4.

Jeder Leser der Volksstimme

erinnere bei Einkäufen sich und den Ver-
käufer: bzw. Geschäftsinhaber an den In-
sertenteil der Volksstimme und besuche
nur solche Veranstaltungen, zu denen durch
Anzeige in der Volksstimme eingeladen wird.

Halle, Vergnügungen usw.

Belhalla-Vielspiel-Theater, Gr. Steinstraße 49.

G.-S. Lichtspiele, Gr. Ulrichstraße 57.
Ständig die neuesten erklaffigen Spielfilme!
Nur 10 und 15 Minuten! —
Nachten gefahrt! —
Wochentage Beginn 4 Uhr. —
Erfrischungsaum!
Sonntags 3 Uhr!

Carobans Monopol, Inh. Frau Schumann.
Besitzerin dem Stadttheater. Nur Brombeere 1. d. Ecke Schulstraße.

Richard Adam, Biographentheater
Gr. Ulrichstr. 57. Großbild-
projektor — 4 bis 11 Uhr
Bilderführung. Nur Erfrüh-
lungsaum.

Allgemeines.

Georg Schmidt, Zigarren, Zigaretten und Tabak
Tafelbergstr. 10.

Johs. Schloßmann, Zigarren, Zigaretten und
Tabak. Tafelbergstr. 10. Telefon 5501.

Hob. Sternberg, Wappentafeln & Meinen —
Wappentafeln.

Brig. Thoenen, Burgstraße 1. Telefon 3450.
Wappentafeln.

Berth. Jauch, Schmeerstr. 2. Koriethaus.

Hilmsprengelmann, W. Braunkamp,
Wagendörger Str. 27.

Gertraud Wittenberg, Leipzigstraße 103, II.
Kleider- und Wäsche-Abteilung.
Telefon 6512. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

Otto Juhl, Köhler u. Holz, Baumgasse 45.
Telefon 5649.

Heinz Jena, Köhler u. Holz, Baumgasse 45.
Telefon 5649.

Mermaid-Drogerie, Ludwig- & Wappentafeln
Kleider- und Wäsche-Abteilung.
Telefon 6512. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

Arthur Jäger, Jägerstr. 5.
Kleider- und Wäsche-Abteilung.

Gottlob & Erdel, Buchdruckerei, Antiquariat
und Buchhandlung. —
Telefon 5612. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

Hindrich Schmeiser, vorm. Albert Schmidt,
Kordmann & Gubria,
Kleider- und Wäsche-Abteilung.
Telefon 5612. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

Wappentafeln jederzeit zu haben. Große
Wappentafeln. 17 u. 18. Jägerstr.

Theuring & Haermann, Friedrichstraße 24.
Telefon 5612.

A. Czajkowski, Kleider- und Wäsche-Abteilung.
Telefon 5612. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

J. Seydel, Kleider- und Wäsche-Abteilung.
Telefon 5612. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

Otto Spermann jun., Kleider- und Wäsche-Abteilung.
Telefon 5612. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

D. Helmuth & Sohn, Kleider- und Wäsche-Abteilung.
Telefon 5612. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

Meißner & Wundener, Kleider- und Wäsche-Abteilung.
Telefon 5612. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

D. Küniger, Kleider- und Wäsche-Abteilung.
Telefon 5612. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

Bitterfeld.

Palast-Theater, Halleische Str. 25. —
Moderne
Wappentafeln. —
Telefon 251.

Kaffee Htg. Caut, Kaffee- und
Wappentafeln. —
Telefon 5612. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

Trinkt Bitterfelder-Biere

A. Rausch Nachf., Kordmann & Gubria,
Kleider- und Wäsche-Abteilung.
Telefon 5612. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

Paul Wille, Burgstraße 51.
Kleider- und Wäsche-Abteilung.

A. Schürmeier, Kordmann & Gubria,
Kleider- und Wäsche-Abteilung.
Telefon 5612. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

R. C. Müller, Kordmann & Gubria,
Kleider- und Wäsche-Abteilung.
Telefon 5612. —
Wappentafeln, Wappentafeln, Wappentafeln.

**Geschäftliche Rundschau u.
Zeitungs-Dauer-Fahrplan.**

Musterschutz

Aluminiumwaren! liefern als **Kerker & Schäß,** Halle a. S.,
Spezialität. Halle Wesenstraße 9/10.
Halle Wesenstraße 9/10.
Halle Wesenstraße 9/10.

**Dauer-
wäsche**

Willy Seruan Mantel-Haus, Schulstraße 11.

C. Klappenbach
Gr. Ulrichstr. 41.
Gummwaren.

Ernst Schürer
Postfach 1, Mühle
Merseburgerstraße 102.
Telefon 6675.

H. Schumann
Gummwaren
Steinweg 40/47.

Ernst Schürer
Halle a. S.,
Halle Wesenstraße 9/10.
Halle Wesenstraße 9/10.

Herm. Bierfuß
Wohnungs-Einrichtungen
in jeder Preislage.

Kari Weber
Zigarren - Spezial - Geschäft
im Größt u. Kleinhandel
Abdankstraße 20.

Wald & Raps, Ludwigs-Wappentafeln-Str. 1a. Fernruf 5572.
Gummwaren und Poliermittel.

Abfahrt der Züge Weissenfels - Halle - Bitterfeld - Berlin und zurück.

		ab		an		ab		an		ab		an		ab		an	
		Weissenfels		Halle		Bitterfeld		Berlin		Weissenfels		Halle		Bitterfeld		Berlin	
Naumburg	ab	11:21	3:41	4:41	5:13	6:14	7:26	8:56	12:16	3:13	4:51	6:11	7:11	8:41	9:41	10:41	11:41
Weissenfels	ab	11:21	3:41	4:41	5:13	6:14	7:26	8:56	12:16	3:13	4:51	6:11	7:11	8:41	9:41	10:41	11:41
Merseburg	ab	12:48	4:11	5:11	5:43	6:44	7:56	9:26	12:46	3:43	5:21	6:41	7:41	9:11	10:11	11:11	12:11
Halle	an	1:14	3:34	4:34	5:06	6:07	7:19	8:49	12:09	3:06	4:44	6:04	7:04	8:34	9:34	10:34	11:34
Halle	ab	1:14	3:34	4:34	5:06	6:07	7:19	8:49	12:09	3:06	4:44	6:04	7:04	8:34	9:34	10:34	11:34
Bitterfeld	ab	2:41	5:01	6:01	6:33	7:34	8:46	10:16	13:36	4:33	6:11	7:31	8:31	10:01	11:01	12:01	1:01
Wittenberg	ab	3:17	5:37	6:37	7:09	8:10	9:22	10:52	14:12	5:09	6:47	8:07	9:07	10:37	11:37	12:37	1:37
Berlin	an	6:02	8:22	9:22	9:54	10:55	12:07	13:37	16:57	7:54	9:32	10:52	11:52	13:22	14:22	15:22	16:22
Berlin	ab	12:24	2:44	3:44	4:16	5:17	6:29	7:59	11:19	2:16	3:54	5:14	6:14	7:44	8:44	9:44	10:44
Wittenberg	ab	12:24	2:44	3:44	4:16	5:17	6:29	7:59	11:19	2:16	3:54	5:14	6:14	7:44	8:44	9:44	10:44
Bitterfeld	ab	1:51	4:11	5:11	5:43	6:44	7:56	9:26	12:46	3:43	5:21	6:41	7:41	9:11	10:11	11:11	12:11
Halle	an	2:17	4:37	5:37	6:09	7:10	8:22	9:52	13:12	4:09	5:47	7:07	8:07	9:37	10:37	11:37	12:37
Merseburg	ab	2:17	4:37	5:37	6:09	7:10	8:22	9:52	13:12	4:09	5:47	7:07	8:07	9:37	10:37	11:37	12:37
Weissenfels	ab	2:17	4:37	5:37	6:09	7:10	8:22	9:52	13:12	4:09	5:47	7:07	8:07	9:37	10:37	11:37	12:37
Naumburg	ab	2:17	4:37	5:37	6:09	7:10	8:22	9:52	13:12	4:09	5:47	7:07	8:07	9:37	10:37	11:37	12:37

W. bedeutet: Verkehrt nur Werktags. Die fett gedruckten Ziffern bedeuten D- oder Schnell, alle anderen Personenzüge. Letztere halten auf allen Zwischenstationen.

Schubhaus Hermann Körner, Kleine Ritterstraße 1. Eigene Reparatur-Werkstatt.

D. Scholz Wm., Inh. Gebr. Scholz,
Gothardstraße 34.
Wohlmöbel - Ganz- u. Einrichtungs-
Eigene Möbelfabrik und Werkstätte.

Sporthaus Hans Käther, Kleine Ritterstraße 1.
Spezial-Einkaufshaus für Vereine.

Spielewarenhaus Wilhelm Köhler,
Gothardstr. 6. Auerkann gute Besagquelle für
Wohlmöbel- u. Spielwaren.

Flora Parfümerie, Otto Stiebrich
Parfümerien - Seifen - Toilette-Artikel
Abt. Kosmetik.

Wider-Drogerie Wlb. Kieslich
Inh. Wwe. A. Wlb. Entenplan, Fernruf 95.
Medizin-Drogerie und 1. Foto-Spezialhaus am Platz.

H. Ebert Nachf. Arthur Volker
Optiker. Spezialist in Augenoptik.
Entenplan.

Günther Liebmann Entenplan 6. Markt 20.
Fernruf 360.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung. Reparaturen-
werkstatt.

Eduard Klauß Kollern - Baumaterialien
Kand. Bedarfsartikel.

Otto Bretschneider, Entenplan
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

A. Ehrlich, Entenplan
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Weissenfels.

Wolff Gutmann, Manufaktur - Modewaren
Damenkonfektion.

Emil Joste, Weissenfels, Ecke Markt und Jägerstr.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Germann Zierfuß, Wohnungs-Einrichtungen
in jeder Preislage.

Emil P. Radtzig, Jägerstr. 1. Wappentafeln-
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Franz Wengler, Elektrotechnisches Büro. Kleider-
u. Wappentafeln-Abteilung. —
Moderne
Wappentafeln.

Dimte & Herrmann, Autohaus, Gr. Burgstraße 1.
Fahrer - Ersatzteile -
Eigene Reparaturwerkstätte.

D. Kronenberg, Uhren und Goldwaren,
Markt 9 - 10.

Rognat-Zentrale, F. u. G. Höppler,
F. u. G. Wengler.

Wilhelm Apelt, F. u. G. Höppler,
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Die billige
Wappentafeln-Abteilung in Eisenbahn-
Kaufhaus Kordmann.

Emil Schaufel, Kleider- u. Wappentafeln-
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Delitzsch.

Herm. Zwarg, Kleider- u. Wappentafeln-
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Drogerie zur Reichspost, 28. Schumann.

Walter Geibel, Die Volkstimme
Kleider- u. Wappentafeln-
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Blato & Co., Inh. Gebr. König, Marienstraße 3, Fernruf 6611, Gen.-Vert. der Dampf-
Werk. —
Leistungsfähige Reparatur-Werkstatt.
Reparatur von Automobilen, Taxen und Karren.

Möbelfabrik Quilgisch,
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Curt Trabisch, Kaffee- u. Tabak.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

August Trabisch, Zigarren- und
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Otto Liebmann, Halleische Str. 14.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Großmilk & Heineke, Burgstraße 45. Fernruf 162.
Gummwaren. —
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Paul Ehler, Hausfaktartikel. Entenplan 11.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Leopold Wolff, Burgstr. 7. Fernruf 312.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Zigarrenhaus Franz Müller,
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Emil Ehrlich, Jägerstr. 19.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Carl Stürbecker, Strumpfwaren,
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

A. Öhring, Café & Restaurant,
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Oskar Zimmermann Gothardstraße 25.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

E. Jarosch Nachf., Markt 7. —
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

H. Taika Neumarkt 19.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Gebr. Meyer Burgstraße 52.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

G. Hoffmann, Markt 19.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

H. Arnold Kleider- u. Wappentafeln-
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Marie Müller Nachf., Gothardstr. 42.
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Paul Raack Markt 5. Spezialgeschäft
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

J. G. Knauth & Sohn, Kleider- u. Wappentafeln-
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

Bruno Raack Burgstraße 2. Gute Mägen
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.

G. Raack Burgstr. 49. Musikinstru-
Kleider- u. Wappentafeln-Abteilung.